

Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte.

Diese Hinweise werden, soweit erforderlich, aktualisiert und auf der Homepage der *Verbandsgemeinde Zell (Mosel)* veröffentlicht. Dort finden Sie auch die Datenschutzhinweise für Besucher unserer Homepage.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

- Verbandsgemeinde Zell (Mosel)
Fachbereich Zentrale Aufgaben
- Corray 1, 56856 Zell (Mosel)
- 06542 701-0
- vgzell@vg-zell.de

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

- Corray 1
- 06542 701-0
- datenschutz@vg-zell.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Wir verarbeiten Ihre personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO), dem Landesdatenschutzgesetz RLP (LDSG) sowie weiteren bereichsspezifischen landesrechtlichen Vorschriften. Insbesondere verarbeiten wir personenbezogene Daten zur Erfüllung der uns obliegenden rechtlichen Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO) oder sofern eine Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, welche uns übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO). Darüber hinaus werden von uns zusätzlich besondere wahlrechtliche Vorschriften hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten beachtet.

Ihre personenbezogenen Daten werden darüber hinaus zur Erfüllung der in der Zuständigkeit der Verbandsgemeinde/Ortsgemeinde liegenden Aufgabe insbesondere nach §§ 33, 34 und 41 GemO, die Ratsmitglieder/Beigeordneten pp. zu unterrichten, Einladung und Tagdesordnung sowie ggf. Niederschriften zu übermitteln erforderlich, damit die Ratsmitglieder/Beigeordneten pp. ihre Aufgaben insb. nach §§ 32, 50 GemO wahrnehmen können. U.a. werden Ihre Daten für folgende Zwecke verarbeitet:

- Vor- und Nachbereitung des Sitzungsdienstes der kommunalen Gremien, Verwaltung der Gremien und deren Besetzungen mit Mandatsträgern
- Erstellung von Dokumenten im Rahmen des Sitzungsdienstes (z.B. Vorlagen, Einladungen, Sitzungsprotokollen)
- Bereitstellung der Informationen im Intranet und Internet (öffentlich erreichbares Bürgerinformationssystem und passwortgeschütztes Ratsinformationssystem)

Hinweis zum Widerruf von Einwilligungen:

Haben Sie einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch Einwilligung zugestimmt, können Sie diese bei Bedarf jederzeit widerrufen. Dies gilt jedoch lediglich für die Zukunft. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt rechtmäßig.

4. Kategorien der personenbezogenen Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Insbesondere verarbeiten wir nachstehend aufgeführte personenbezogene Daten:

- a) Personenstammdaten
 - Name, Vorname
 - Geburtsdatum

- b) Kommunikationsdaten
 - Anschrift
 - Telefonkontakt (ggf. auch mobil)
 - E-Mail-Kontakt

- c) die Funktion, für die der Betroffene eingesetzt wird (Ausschusszugehörigkeiten pp.)

- d) die Zugehörigkeitsdauer zu den verschiedenen Gremien

Wir erheben personenbezogenen Daten grundsätzlich bei der betroffenen Person selbst. Dies erfolgt z.B. durch Bewerbungen, Einwilligungen, Mitteilungen und Anträge. Darüber hinaus kann eine Erhebung von personenbezogenen Daten bei Dritten erfolgen, wenn diese durch Gesetz zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Alle uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten von betroffenen Personen dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn diese dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Personenbezogene Daten von Wahlbeteiligten dürfen wir gemäß § 20 Abs. 1 Satz 2 LDSG an Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nur dann übermitteln, wenn der Empfänger ein rechtliches Interesse darlegt, der Dienstverkehr es erfordert oder die betroffene Person eingewilligt hat.

Darüber hinaus können Ihre Daten von der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO), insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, Logistik- und Druckdienstleistungen erhalten, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten

6. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Wir übermitteln Ihre Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR (Drittländer) nur, soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns erforderlich ist oder Sie uns Ihre Einwilligung dazu erteilt haben.

Aktuell findet keine Übermittlung von Daten an Drittstaaten statt und ist auch nicht geplant.

7. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten nur für die Dauer der Bearbeitung. Vorrangig für die Dauer der Speicherung ihrer personenbezogenen Daten sind konkrete Aufbewahrungs- und Löschrufen (z.B. Bestimmungen des BWahlG oder des KWG). Grundsätzlich werden die Daten nur so lange gespeichert, wie sie für den v.g. Zweck erforderlich sind.

8. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO). In dem Auskunftsantrag sollten das Anliegen präzisiert werden, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z.B. Steuerart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Zahlungsabwicklung, Vollstreckung) gemacht werden.

- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt wird.

Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**,
 - insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
 - für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
 - oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Besteuerungsverfahrens, Führung des Gewerberegisters).

- **Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationssicherheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel. +49 (0)6131 208-2449, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.